

### Beschlussempfehlung

Ausschuss  
für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Hannover, den 20.02.2017

#### **Die Energiewende zum Erfolg führen - Angebot und Nachfrage zusammenbringen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/6692

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

#### EntschlieÙung

#### **Die Energiewende zum Erfolg führen - Angebot und Nachfrage zusammenbringen**

Um die Energieversorgung rund um die Uhr zu sichern, müssen Angebot und Nachfrage zu jedem Zeitpunkt deckungsgleich sein, welches angesichts der Schwankungen der Nachfrage und des erneuerbaren Stromangebots (Volatilität) große Herausforderungen an die Energiewirtschaft stellt. Dabei muss die Energieversorgung bezahlbar und verlässlich bleiben.

Netzengpässe entstehen, wenn in Spitzenzeiten mehr Strom erzeugt wird, als an die Netze abgegeben werden kann, oder in Zeiten geringer Nachfrage wie des Nachts oder auch an Feiertagen. Dies geschieht zum Beispiel, wenn regional die Erzeugung erneuerbaren Stroms und Stroms aus fossilen Kraftwerken den Verbrauch übersteigt oder wenn ausreichend dimensionierte Netze fehlen. In diesen Fällen werden bislang häufig erneuerbare Anlagen abgeregelt und damit CO<sub>2</sub>-freier Strom verschenkt. Die damit verbundenen Entschädigungszahlungen an die Anlagenbetreiber tragen die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das ist technisch und volkswirtschaftlich ineffizient.

Die intelligente Kopplung von Strom-, Wärme- und Mobilitätsbereich senkt die Kosten des Netzmanagements auch in Engpasszeiten und stabilisiert die Stromnetze und damit die Energieversorgung. Instrumente dafür können sowohl die effiziente Steuerung von Energieangebot und -nachfrage als auch die Umwandlung und Speicherung von elektrischer Energie sein. Nötig sind dafür geeignete Preisanreize, damit z. B. das gezielte Aufladen von privat und öffentlich genutzten E-Fahrzeugen in Zeiten hoher Stromerzeugung attraktiv wird.

Technisch sind zahlreiche Flexibilitäts- und Speicheroptionen einsatzbereit und erprobt. Derzeit kommt ihr Ausbau jedoch wegen falscher Anreize wirtschaftlich nicht voran. Während also der Ausbau von Ökostromanlagen voranschreitet, bietet der bestehende Energiemarkt keine ausreichenden Anreize für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen, die eine bessere Integration erneuerbarer Energien in den Energiemarkt erlauben.

Entsprechend der EEG-Novelle sollen große Teile Norddeutschlands einschließlich Niedersachsens als sogenannte Netzausbauggebiete definiert werden, in denen der Ausbau der Windenergie drastisch reduziert werden soll. Damit wird dem Windkraftausbau die Dynamik genommen.

Dieser aber ist die Voraussetzung, um den Umstieg auf die erneuerbaren Energien deutlich zu beschleunigen und zugleich die Effizienz des Energiemarkts zu erhöhen und die Kosten zu senken. Um Ökostrom, der nicht in das Netz eingespeist werden kann, wirtschaftlich zu verwenden, ist auf Bundesebene ein technologieoffenes Anreizsystem für sogenannte „zuschaltbare Lasten“ wie Speicher, Power-to-Heat oder Power-to-Gas-Anlagen zu schaffen, die der gezielten Nachfragesteuerung dienen.

Der Landtag begrüßt,

- dass die Landesregierung das niedersächsische Energiewende-Großprojekt „enera“ nachdrücklich unterstützt und auch als bundesweites „Schaufenster intelligente Energie“ erfolgreich platziert hat,
- dass die Landesregierung die Realisierung einer Wasserstoffwirtschaft in der Region Unterelbe unterstützt,
- dass die Landesregierung die erfolgreiche Arbeit der Landesinitiative Energiespeicher und -systeme fortführt und das Thema Energiespeicher in das Aufgabenfeld der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) überführt hat.

Der Landtag bekräftigt seinen Beschluss ‚Integration der Erneuerbaren Energien fördern, Hürden für Energiespeicher abbauen‘ vom 22. Januar 2016 (Drs. 17/5019) und die Unterstützung für den Einsatz der Landesregierung dafür, Energiespeicher von Netzentgelten, Umlagen, Abgaben und Stromsteuern und anderen Hemmnissen zu befreien.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Landesregierung dazu auf,

1. sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass wirtschaftliche Anreize für Flexibilitäts- und Speicheroptionen geschaffen und Netzengpässe mittels zuschaltbarer Lasten bewirtschaftet werden, damit die Energiewende in Niedersachsen unterstützt und nicht ausgebremst wird,
2. Modellprojekte für die weitere Integration erneuerbarer Energien mittels Flexibilitäts- und Speicheroptionen zu unterstützen und die Ergebnisse auf ihre Übertragbarkeit auf andere Regionen in Niedersachsen zu untersuchen,
3. sich im Bund dafür einzusetzen, regionale Einschränkungen des Ausbaus der Windenergie im EEG 2016 zurückzunehmen, mindestens aber die im EEG vorgesehenen Innovationsausschreibungen zur Vermeidung von Netzengpässen zu nutzen und nicht auf die für Niedersachsen vorgesehenen Ausbaugrenzen anzurechnen,
4. sich dafür einzusetzen, Kraftwerke, die aufgrund ihrer technischen Eigenschaften besonders inflexibel sind, keine systemdienliche Fahrweise ermöglichen und nicht der Wärmeversorgung dienen, in Zeiten von Stromüberschuss vom Netz zu nehmen,
5. sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung Kraftstoffe, die aus Strom aus Erneuerbare-Energien-Anlagen erzeugt werden, als Biokraftstoffe anerkennt und fiskalisch gleichbehandelt, um einen wirtschaftlichen Einsatz zu ermöglichen und
6. zu prüfen, wie das Erdgasnetz für die Speicherung von regenerativ erzeugtem Gas genutzt werden kann.

Sigrid Rakow  
Vorsitzende